

# Anmerkungen zur allgemeinen Orientierungslosigkeit der Politik

- Kein Anspruch auf Verkündung letzter Wahrheiten.
- Für die Ex-Parteifreunde, DIE GRÜNEN im Ortsverband Neustadt a. Rbge., besonders für Frau Ute Lamla, Sprecherin B90/Die Grünen für den OV Neustadt und Stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt Neustadt (Erweiterte und zusammengefasste E-Mails.)

Das Thema: Aspekte der Flüchtlingspolitik

von

Tristan Abromeit

Text 143

Januar 2016

Liebe Ute,

in den letzten Tagen wurde in den Medien über die Frage diskutiert, ob der kommentierte Nachdruck von Adolf Hitlers Buch "Mein Kampf" heute verführend oder aufklärend wirken kann. Ich habe das Buch seit einer Haushaltsauflösung in 1985 im Bestand. Ich habe einige Seiten darin gelesen und irgendwo in eine Ecke gelegt, weil das Buch keine Auskunft gibt, warum die Weimarer Republik untergegangen ist. Das Buch halte ich für ein Zeugnis einer kranken Seele und es spiegelt bestenfalls den verirrten politischen Geist einer Generation wider, der durch eine mangelnde ökonomische Aufklärung nicht zu der Klarheit kam, die notwendig ist, wenn Bürger die Demokratie mit einem Ergebnisse für alle praktizieren wollen, das sowohl vom Ergebnis hergesehen nach innen befriedigend und nach außen den Frieden fördernd wirkt. Es wäre besser, wenn man die Mühe, die man in das Projekt Hitlers „K(r)ampf“ steckt, in das Buch „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“ von Gerhard Ziemer, als Ausgangsbasis einer gründlichen Aufklärung „investieren“ würde. Das Buch von Gerhard Ziemer aus dem Jahr 1971 bringt die Sorte Aufklärung, die den Bürgern, Parteimitgliedern, Abgeordneten und Ministern heute fehlt. Jedenfalls bringt die Einschränkung der Meinungsfreiheit, das Verbot von Symbolen und Parteien und die Herabsetzung des politischen Gegners nicht den Schutz, den die Demokratie für ihre Entfaltung und Leistungsfähigkeit benötigt.

Gerhard Ziemer schreibt in dem Kapitel „Wirtschaftliche und menschliche Probleme der Arbeitslosigkeit“ u.a.:

Von den 14 Millionen nationalsozialistischen Reichstagswählern des Sommers 1932 hatten sicherlich nicht einmal 5 Prozent Hitlers »Mein Kampf« oder andere Schriften gelesen, die das Parteiprogramm der NSDAP erläuterten. Die neuen nationalsozialistischen Reichstagswähler waren auch keine Antisemiten. Sie wählten die NSDAP, so wie 3 bis 4 Millionen andere Deutsche damals zusätzlich zu den alten kommunistischen Mitgliedern die KPD wählten, weil sie aus der Krise herauswollten und auf die nicht-radikalen Weimarer Parteien keine Hoffnung mehr setzten. Es wäre für Deutschland und die Welt besser gewesen, wenn Hitler als Reichskanzler später diese Hoffnung enttäuscht hätte. Weil sein Kabinett sie aber erfüllte, auf schnellem Wege und mit einfachen Mitteln, die auch Brüning hätte einsetzen können, wurden aus den Wählern der NSDAP dankbare Nationalsozialisten, die nunmehr Jahre hindurch für richtig hielten, was Hitler anordnete. Ohne diese Dankbarkeit der Massen, die nach 1933 wieder einen Arbeitsplatz gefunden hatten, hätte Hitler seine außenpolitischen Abenteuer und seinen innenpolitischen Terror nicht wagen können. Man kann nicht beweisen, was aus der NSDAP geworden wäre, wenn es die Weltwirtschaftskrise nicht gegeben hätte. Vielleicht hätte sie auch dann ihren Tiefstand des Jahres 1928 mit 2,6 Prozent der abgegebenen Stimmen und 12

Reichstagsabgeordneten überwunden. Aber mit voller Sicherheit kann man sagen, daß die NSDAP es niemals zu einer politischen Stärke gebracht hätte, die dem Bestand der Weimarer Republik gefährlich werden konnte. Dazu hatten Hitler und die NSDAP zu viele natürliche Feinde. Außer den Kommunisten und den organisierten Mehrheitssozialdemokraten waren es das katholische Zentrum, das aufgeklärte Literaten- und Freimaurertum, die jüdischen Kreise und auch die Konservativen und Deutschnationalen alter Art, Großgrundbesitz, größeres Bauerntum, Adel und Reichswehrführung. Um durch diese starke Mauer einer Abwehr von Gegnern, die Hitler selbst dazu machte, weil er sie ständig angriff, eine Bresche zu schlagen, bedurfte es eines alles aus den Fugen reißenden Vorgangs, wie es die Deflationskrise mit ihren Arbeitslosenheeren war. (S. 174 f.)

Liebe Ute,

am 30. Januar 1933 hat Adolf Hitler die Macht legal übernommen. Von der Machtergreifung spricht man heute nicht mehr, weil der Begriff nach Putsch klingt und die Bürger als die unschuldigen und unbeteiligten Akteure darstehen würden. Ich bin ein Jahr (- 9 Tage) später in das nationalsozialistische Deutschland hinein geboren worden. Ich soll keinen guten Start gehabt haben. Am Ende meines über fünfzigjährigen politischen Einsatzes habe ich gehofft, dass Deutschland und die Welt aus den Fehlern der Demokraten vor Hitler gelernt hätten und wir (und vor allem unsere Nachkommen) lichten Zeiten entgegen gehen würden. Diese Hoffnung hat getrogen, wie die Schlagzeilen der Medien verdeutlichen. Krieg, Terror, Spannungen an vielen Ecken und die Politik – von respektablen Repräsentanten der Demokratien betrieben – als Ursache.

Der Fall des Eisernen Vorhanges wurde nicht genutzt, um der Welt eine neue Friedensordnung zu geben. Im Vereinigungsprozess der beiden deutschen Republiken wurde das Grundgesetz und das Demokratieprinzip verraten. Die europäische Vereinigung wurde und wird betrieben nach Prinzipien, die eher zu einer Wirtschaftsordnung passen, wie sie von der NS- oder SED-Herrschaft betrieben wurden, als zu einer Wirtschaft, die erforderlich ist, wenn wir wirklich eine Gesellschaft der Freien wollen. Man findet relativ leicht Menschen, die bei Lichterketten und bei Gegendemonstrationen gegen solche Bürger mitmachen, die als rechts eingestuft werden, aber man findet selten unter diesen Leuten einen Einsichtigen, der den Faschismus im eigenen Kopf wahrnimmt. Noch seltener findet man Zeitgenossen, die bereit sind, sich den Mühen der Analyse der kriegstreibenden ökonomischen Störungen zu unterwerfen. Die meisten bleiben hängen bei Schuldzuweisungen gegenüber den Neoliberalen, den Kapitalisten, den Sozialisten, den Kommunisten, den Unternehmern oder den Reichen. Sie

merken gar nicht, wie nahe diese emotionalen Urteile jenen Urteilen der Nazis gegenüber den Juden sind. In einer solchen primitiven Ursachenerklärung steckt schon die Forderung, dass doch die Träger dieser Rollen vernichtet gehören, zumindest in eine neue Form von Konzentrationslager eingesperrt werden müssten. Ein solcher blinder Vernichtungsglaube übersieht, dass die Welt dadurch nicht besser würde, weil die Probleme, die wir haben, nicht durch Charakterfehler der Menschen verursacht werden, sondern durch das mangelnde Erkennen der Fehler im System. Die Charakterfehler beginnen erst da zu wirken, wo die Systemfehler geleugnet werden und ihre Behebung verhindert wird.

Seit Jahrzehnten gehöre ich zu der kleinen Zahl von Menschen, die - mangelhaft organisiert und nur aus persönlichem Einkommen finanziert – darauf hinweisen, dass die Fehler im Geldsystem und im Bodenrecht keine gedeihlichen und friedlichen Entwicklungen in den Gesellschaften erlauben. Es sind aber nicht nur die Fehler in diesen beiden Bereichen, die den Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit nicht wachsen lassen. Wesentliche Störfelder liegen auch in der Verfassung, im Patentrecht, im sozialen Sicherungssystem und im Bildungssystem.

In einer Situation – wo wir Deutschen noch nicht zu uns selber gefunden haben – hat nun unsere durchaus achtenswerte Bundeskanzlerin eine Flüchtlingspolitik angemaßt, die ihre Richtlinienkompetenz der Politik nach Art. 65 GG überschreitet. Dort steht nicht, dass die Kanzlerin die Republik in ihrem Wesensgehalt ohne Mitwirkung der Bürger und dem Parlament verändern darf. Eine solche Veränderung findet aber automatisch bei einer bedingungslosen Öffnung der Grenzen in einer Welt – die in einem extremen politischen und ökonomischen Ungleichgewicht ist – statt.

Es gibt viele gute Gründe, Menschen in Not zu helfen. Die Hilfe darf aber die Helfer selbst nicht zu Hilfsbedürftigen machen. Auch ist es verwerflich, wenn die Politik die freiwillige Hilfe der Bürgerinnen und Bürger instrumentalisiert, um unbenannte Ziele zu verfolgen oder ihre Fehler in der Vergangenheit - die mit zu der Hilfsbedürftigkeit der Masse von Menschen geführt hat – zu kaschieren. Wir Deutsche hätten unsere politische Reife bezeugen können, in dem wir der Kanzlerin und dem versagenden Parlament die gelbe - und wenn notwendig - die rote Karte gezeigt hätten, um dann in einem offenen Dialog über das Für und Wider der Grenzöffnungen selbst und über seine Voraussetzungen zu beraten. Es ist kein Lichtblick, dass sich bei uns Befürworter und Gegner der uns übergestülpten Flüchtlingspolitik gegen-

seitig als Feinde der Humanität diffamieren. Wir haben die Demokratie noch nicht wirklich gelernt. Dabei ist es doch so, wenn wir die Akteure in allen Lagern betrachten, dann haben wir es in der Regel immer mit respektablen Individuen zu tun. Die Frage ist für mich, warum die individuelle politische Leistung der Bürger als Voraussetzung eines rationalen kollektiven Handelns heute so gering ist wie in der Zeit der Weimarer Republik. Ist das Bedürfnis von Führern geführt zu werden – statt den eigenen Kopf zu benutzen –, immer noch so groß wie in unseligen Zeiten?

Liebe Ute,

in Deinem Neujahrsgruß mit dem Terminplan für das Wahljahr 2015 für die Mitglieder und Sympathisanten des Ortsverbandes der Bündnisgrünen in Neustadt (ohne Datum, erneut gesendet am 11. 01. 2016) schreibst Du u.a.:

2016 ist nun Wahljahr und deswegen sollten wir uns nicht übernehmen, sondern schauen, was wir bewältigen können. Die Ferien eignen sich gut, mal eine Pause einlegen zu können. Gut ist es auch, dass wir beschlossen haben, für den Wahlkampf Dienstleistungen einzukaufen. Einige wenige Veranstaltungen werden wir durchführen. Und im OV schwerpunktmäßig an unserem Wahlprogramm arbeiten. Schaut Euch nochmal unser historisch einmaliges Ergebnis aus 2011 an:

GRÜNE 9.924 16,7. Das ergab 7 Sitze im Rat.

Das kann doch Mut machen! Es gibt Wählerinnen und Wähler, die an unseren Themen interessiert sind und diese durchgesetzt wissen wollen. Energiewende, gesundes Essen und anderer Umgang bei der Herstellung und dem Konsum von Lebensmitteln, (Veganer Weihnachtsmarkt in Hannover: Jeder Besucherin und Besucher konnte auffallen, dass die Würstchenbuden stark zurückgedrängt worden sind). Arbeiten wir weiter an unserem grünen Profil.

Klar, die Wahlen sind abhängig von vielen Faktoren: Ereignissen (Fukushima), kurzfristig entstehenden Stimmungen, Bekanntheit einzelner Personen, (es werden in allen Parteien Menschen mit hoher Stimmenzahl gewählt, die zuvor im politischen Bereich noch nicht gearbeitet hatten), Präsentation der Parteiinhalte auf Bundesebene (Manch einen von uns treibt das die Zornesfalte auf die Stirn).

Der politische Erfolg ist ein launiger Geselle. Er richtet sich nicht immer nach dem Terminkalender und den Programmen der Parteien. Auch darf nicht übersehen werden, dass die im Bundestag und in den Landesparlamenten vertretenen Parteien aus dem im Art. 21 (1) ge-

währten Recht an der Mitwirkung zur politischen Willensbildung des Volkes ein Monopol gemacht haben. Abgesehen von verfassungsrechtlichen Bedenken gegen eine Parteien-Demokratie bietet eine Partei auch so genügend Fläche für Reibungsverluste beim Agieren ihrer Mitglieder. Die Parteibasis – sofern sie nicht nur aus blinden Gefolgsleuten besteht –, hat immer Grund, mit den Repräsentanten der übergeordneten Gliederungen unzufrieden zu sein, wie auch die Parteispitzen häufig einen Grund haben, sich über die politisch schwerfällige Basis zu ärgern. Wenn „in allen Parteien Menschen mit hoher Stimmenzahl gewählt (werden), die zuvor im politischen Bereich noch nicht gearbeitet hatten“, - wie du schreibst - dann hat das sicher verschiedene Gründe. Einer der Gründe wird sein, dass die Wähler versuchen, gegenüber den Parteien eine Korrektur vorzunehmen. Selten dürfte es aber sein, dass ein erfolgreicher Seiteneinsteiger vorher nicht in den öffentlichen Raum hinein gewirkt hat. Die Frage ist aber, was denn das Profil der grünen Partei ist. Ich will die Mitwirker an der Gründung der grünen Partei nicht idealisieren, denn es bleibt nicht aus, wenn sich eine Bewegung zu einer Partei formiert, dass dann auch viel Unausgegorenes gewollt und diskutiert wird. Aber ich bin mir sicher, die grüne Partei von heute, wenn es sie damals schon gegeben hätte, wäre zu den etablierten Parteien gezählt worden, die es zu bekämpfen gelte. Es ist also gar nicht leicht zu sagen, was denn heute das richtige und gute Programm einer grünen Partei ist. Zu sagen, kommt alle herein ihr Mühseligen und Beladenen, ohne den wirklichen Willen, die Last von den Menschen zu nehmen, die sich durch die Flucht in unser Land eine Erleichterung erhoffen und ohne die nötigen Reformen einzuleiten, die erforderlich sind, damit aus den Flüchtlingen und Einheimischen kein Explosivstoff wird, ist kein Programm, sondern ein Zeugnis politischer Dummheit

Du schreibst in deinem Mail vom 5. 1. 2016, dass nach deinem Eindruck städtische Maßnahmen zum Klimaschutz nach dem Willen der Fraktionen von SPD und CDU keinen Platz mehr haben. Nicht immer ist der Wechsel in der politischen Schwerpunktbildung ein Verrat von Inhalten. Auch auf der Ortsebene muss eine Partei immer wieder überlegen, was sie mit den meistens zu geringen Kräften und Mitteln bewirken will und kann. Ich selber halte die Pflege und Erweiterung des Baumbestandes sehr wohl für eine wichtige kommunale Aufgabe, sowohl im Hinblick auf die Pflege des äußeren Erscheinungsbildes der Kernstadt und der zahlreichen Dörfer, wie zur Gewinnung von nachwachsenden Rohstoffen, aber auch als Beitrag zur Seelenpflege seiner Bewohner. (Hier in Mardorf ist ein Baum an der Ecke Mardorfer Straße / Poggenecke aus Versehen - wie es heißt - im Auftrag der Stadt gefällt worden, der ersetzt werden sollte. Da der Baumstumpf mit Wurzel erst ausgefräst werden müsste, würde

die im Etat vorgesehenen 5000 € vermutlich alleine für diese Maßnahme draufgehen. Der Euro-Betrag im Etat der Stadt hat also eine lächerliche Größe.)

Politisches Handeln ist immer mit einem Risiko belastet. Das liegt auch daran, dass die Beurteilungsgrundlage für getroffene Maßnahmen häufig unsicher ist. Das ist nach meiner Meinung auch beim Thema Klima so, denn es sind von vernünftigen Leuten entgegengesetzte Beurteilungen zu hören. Auf die Mehrheitsmeinungen ist hier kein Verlass. Ich erhielt neulich ein E-Mail mit folgendem Inhalt:

Mein Freund Robert schrieb :::

Letzten Sonntag war ich auf einem örtlichen Weihnachtsmarkt. Dort gab es einen Stand des „BUND-NATURSCHUTZ“. Ich wurde als „Vorbeiläufer“ auf die CO<sub>2</sub>-Problematik auf unserer Welt angesprochen. Ich dachte so bei mir... da bist Du gerade an den Richtigen gekommen. Meine Frage an den BUND-Vertreter (ca. 28-30Jahre alt):

„Wie hoch ist denn der CO<sub>2</sub>-Anteil in der Luft?“

Seine Antwort: „Hoch! Sehr hoch! Viel zu hoch!“

Ich: „Wie hoch denn?“ – „Wieviel Prozent?“

Er: „Weiß ich nicht!“

Aha, dachte ich... ein wahrer Kenner!

Ich fragte also weiter: „Was ist denn sonst noch in der Luft?“

Er: „Sauerstoff!!!“

Ich: „Richtig! Und wieviel Prozent?“

„Weiß ich nicht!“ war seine Antwort.

Ich erklärte ihm, dass es wohl so um die 21% sind. Es erschien ihm plausibel.

Ich weiter: „Welche Gase sind denn sonst noch in der Luft enthalten?“

Kopfschütteln.... Schulterzucken...

Ich: „Edelgase! Argon, Xenon, Neon, Krypton...! Schon mal gehört? Die machen aber in Summe nur ein knappes Prozent aus!“

Nachdenkliches Staunen.

Ich wiederholte meine letzte Frage...

Wieder (inzwischen genervtes) Schulterzucken und Augenverdrehen...

Ich: „Schon mal was von Stickstoff gehört?“

„Ach ja, stimmt... Stickstoff !!! Ja, den haben wir auch in der Luft!“

Ich: „Und? Wieviel Prozent?“

Er: Wieder Schulterzucken. Ich spürte, dass er genug hatte von mir. Ich ließ aber nicht locker, erläuterte ihm, dass es ca. 78% wären. Seine in der linken Hand gehaltenen Flyer sanken immer tiefer.

Er, nach kurzem Kopfrechnen (gefühlte 60s „smile“-Emoticon : „ Das kann nicht stimmen, das glaube ich Ihnen nicht, weil dann ja für CO<sub>2</sub> nichts mehr

übrig bleibt!!!“

Ich: „Eben! Sie haben Recht! Zumindest fast!!! Es sind nämlich nur 0,038% CO<sub>2</sub> in unserer Atemluft!

Das glaubte er mir einfach nicht und ließ mich stehen.

Wer weiter rechnen möchte:

Wir haben 0,038% CO<sub>2</sub> in der Luft. Davon produziert die Natur selbst etwa 96%.

Den Rest, also 4%, der Mensch. Das sind 4% von 0,038%, also 0,00152%.

Der Anteil von Deutschland ist hieran 3,1%.

Somit beeinflusst Deutschland mit 0,0004712% das CO<sub>2</sub> in der Luft.

Damit wollen wir die Führungsrolle in der Welt übernehmen, was uns jährlich an Steuern und Belastungen etwa 50 Milliarden Euro kostet.

Einfach mal drüber nachdenken... (Copyright: Robert Imberger)

Ob die Angaben richtig sind, kann ich nicht beurteilen. Ich habe aber Zweifel daran, dass eine große Mehrheit, die sich für den Klimaschutz einsetzt, die Fakten richtig beurteilen kann. Und diese Unsicherheit macht den Klimaschutz zu einem politischen Spekulationsprojekt. Die maroden AKWs jenseits der belgischen Grenze sind im Vergleich dazu eine konkretere Bedrohung.

Der Smog, der in den Städten auftreten kann und auch immer wieder auftritt - einmal hier, dann dort auf dem Globus -, scheint mir eindeutig auf menschliche Aktivitäten zurückzugehen und seine Bekämpfung erfordert eindeutig lokale wie regionale Maßnahmen. Aber ob eine Kommunalpolitik auch etwas an dem generellen Klimawandel ändern kann, da habe ich meine Zweifel. Ich gebe zu, ich habe zu wenig naturkundliche Kenntnisse, um hier mitreden zu können. Meine Kenntnisse reichen aber aus, um der Aussage, dass der Klimawandel eine die Existenz der Erde begleitende Erscheinung sei und die Vorstellung, der Mensch sei in der Lage, das Klima zu steuern, eine fixe Idee ist, nicht als unsinnig abzutun. Die willkürlichen Waldbrände, die kriegerischen Auseinandersetzungen und die Vulkanausbrüche haben wohl eine stärkere Wirkung wie alle Bekämpfungsmaßnahmen in allen Städten dieser Welt haben können. Das bedeutet ja nicht, dass wir Menschen so weiter machen können wie bisher. Nur: Die Auseinandersetzungen um das Klima haben mir zu sehr religiöse oder ideologische Züge. Dies bekommt einer Klimapolitik, die mehr als ein Ritual sein soll, nicht.



Dann zu den Ratsbeschlüssen zum Klimaschutz. Hier hätte ich gerne eine Auskunft: Ab wann bindet ein Ratsbeschluss die Verwaltung der Stadt und selbst den Rat, der den Beschluss getätigt hat. Die Geschichte der jeweiligen Parteiprogramme und der Absichtserklärungen ihrer Fraktionen in den Parlamenten würde zeigen - wenn sie denn geschrieben würden oder sind - dass sie immer wieder „verraten“ oder verworfen werden - nicht von allen Mitglieder, aber von ihren Mehrheiten. Parteien greifen - allgemein gesprochen - Probleme nicht auf, um sie zu lösen, sondern um mit der Besetzung oder dem Ausschluss des jeweiligen Themas ihre Macht zu festigen und auszubauen. Stellt sich heraus, dass die getroffene Wahl des Problems nicht das leistet, was sie leisten soll, dann wird das Problem ohne Kopfschmerzen im Rang der Bedeutung herabgestuft - wenn nicht gar in die Rumpelkammer der Bedeutungslosigkeit geschoben.

Wenn mich mein Gespür für Entwicklungen nicht täuscht, wird für die Kommunalwahl in Neustadt die Flüchtlingspolitik eine größere Rolle spielen als die Klimapolitik. Dies ist schon aufgrund der Tatsache gegeben, dass die Flüchtlinge jetzt auch in Neustadt angekommen und kein abstraktes Thema mehr sind. Die Beurteilung des Klimawandels in einer Zone mit ausgeprägtem Jahreszeitenwetter ohne konstante Wiederholungen im Zeitablauf bleibt aber für die meisten Menschen eine abstrakte Bedrohung, weil dieser Wandel nur durch die Methoden der Statistik für jene Menschen sichtbar gemacht werden kann, die ein Verständnis für diese statistischen Methoden haben.

Gestern Abend, als ich die Tropfen genommen hatte, die mir meinen Hustenreiz nehmen und den Schlaf bringen sollten, war ich so wach, dass von Einschlafen keine Rede sein konnte. Ich habe mir daraufhin meinen Text 141.0 "Flüchtlinge .... und 25 Jahre Vereinigung von DDR und BRD ..." vom Oktober 2015 nochmals vorgenommen und gelesen. Durch die Vorgänge in der Silvesternacht in Köln und jene in Hamburg ist das Thema Flüchtlinge ja nochmals aktualisiert worden. Ich habe meinen Text zum Thema unter erschwerten Bedingungen abgefasst. Einmal plagte mich mein Bandscheibenvorfall, zum andern war der Groll über den Verfassungs- und Demokratieverrat unserer politischen Klasse im Vereinigungsprozess von DDR und BRD durch die Feiern zum 25. Jahrestag der Vereinigung wieder hochgekommen und zum anderen hat mich die Massenflucht nach Deutschland so betroffen gemacht, weil ich das Problem schon in der Entstehungszeit der grünen Partei vorausgesehen habe. Ich hatte zeitweise eine regelrechte Schreibblockade (nicht eine Aufnahmeblockade von Nachrichten). Ich sah und sehe wieder eine verfassungs- und demokratiefeindliche Politik am

Wirken, die die Not der Flüchtlinge wie die Hilfsbereitschaft der Einheimischen für undurchsichtige Ziele ausnutzt. Mein Gefühl sagte mir nach der Fertigstellung des 99seitigen Textes, dass ich mein Anliegen nicht in der richtigen Form vorgetragen habe. Ich war also neugierig, wie ich den Text mit einigen Wochen Abstand lesen würde. Ich habe ein paar Schreibfehler gefunden, sachlich brauche ich mich nicht korrigieren und die Form? Die ist nicht optimal, aber der gutwillige Leser findet in ihr ein brauchbares Gerüst.

Wer heute auf kommunaler Ebene in Neustadt "Flüchtlingspolitik" machen muss oder will, sollte sich dazu schon eine persönliche Grundlage schaffen, damit er nicht vom allgemeinen Gerede über Flüchtlinge abhängig ist. Eine Hilfe dazu kann sein, wenn er sich den Abschnitt 7 "Der Blick auf die heutigen Probleme aus dem Jahr 2001 ..." (Seite 16 bis 25 ) anschaut.

Ich muss hier abbrechen, weil ich in die Küche muss. Ich melde mich ein anderes mal zu dem Thema "Gefahren, die von reinen Männergruppen ausgehen - egal ob Flüchtlinge oder Alteingesessene."

Es grüßt dich Tristan

**N. S. Hier noch einmal der Link zu meinem Text:** <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/141.0.Fluechtlinge.Frieden.Verfassung.pdf>

000000

### **Anti-Gewalt-Kurse für Flüchtlinge**

Liebe Ute, liebe Liebe Grüne in Neustadt,

ich habe in den letzten Tagen ein Großplakat der Grünen im Fernsehen gesehen, das aus lebenden Menschen bestand, die alle eine Papptafel hatten, auf denen je ein Buchstabe stand. Wenn ich mich recht erinnere, ergab die Buchstabenfolge die Forderung "**Nicht abschoten**". Auf der Suche im Netz nach diesem Bild stieß ich auf die [Berliner Erklärung der Klausur des Bundesvorstands vom 5. Januar 2016](#) und die folgenden Beiträge unter <https://www.gruene.de/ueber-uns/2016/vorstandsklausur-2016-klimaschutz-konzepte-und-kaesespaetzle.html> . Mein Thema ist hier nicht speziell die Kritik der Politik der Grünen, sondern die der mangel-

haften Ursachenbekämpfung und die der blinden Flüchtlingspolitik allgemein. Ich will in Bezug auf die nachfolgend einkopierten Beiträge aus dem Umfeld der Bundesgrünen nur folgendes sagen:

Wir sehen hier zwei sympathische Menschen, die den Eindruck machen, dass sie davon überzeugt sind, was unter ihren Namen hier vorgetragen wird und nicht ahnen, dass sie mit helfen den europäischen Bürgerkrieg vorzubereiten. Die Flüchtlinge, die bis dahin versucht haben bei uns heimisch zu werden, werden sich dann wieder - soweit sie nicht in diesen Krieg verwickelt sind - auf die Flucht vor Gewalt und Hunger begeben.

35 Jahre haben die Grünen die Fluchtursachen und die ökonomische Ungerechtigkeit durch Ignoranz der Ursachen gefördert. Nun wollen sie diese Ursachen durch ein paar fromme Sprüche aus der Welt schaffen. Wer kann denn da die GRÜNEN noch ernst nehmen? Die programmatischen Aussagen zeigen aber auch, dass die grüne Partei als Informationsbeschaffungs- und Verarbeitungsinstrument nicht funktioniert und die Subventionierung dieser Partei aus Steuermitteln nicht gerechtfertigt ist. Es ist dabei kein Trost, dass diese Aussage für die Konkurrenzparteien genauso gilt. Es kann trübsinnig stimmen, wenn man mit anschauen muss, dass so viel guter Wille Böses schafft.

oo

## **Von Nothilfe zu einer Willkommens-Infrastruktur**



Simone Peter: „Es geht uns darum, einen sicheren Zugang zu Europa zu schaffen.“ Foto: gruene.de (CC BY 3.0)

Auch 2016 werden weiterhin Schutzsuchende zu uns kommen. Die Fluchtur-

sachen sind nicht verschwunden. Deutschland muss sich dieser Aufgabe stellen. Wir müssen von einer kurzfristigen Nothilfe auf den Aufbau einer dauerhaften Willkommenskultur umschalten. Das ist dafür notwendig:

- Ein abgestimmtes Programm zwischen Bund, Ländern und Kommunen und ein bundesweiter Investitionspakt.
- Ein Integrationsministerium, das die Aufgaben auf Bundesebene koordinieren kann.
- Humanitäre Visa, großzügige Kontingente für Flüchtlinge aus Krisengebieten und endlich legale Zugangswege nach Europa.
- Die Beseitigung von Fluchtursachen muss zur Maxime deutscher und europäischer Außen-, Entwicklungs-, Wirtschafts- und Rüstungspolitik werden. Das ist anstrengend und liefert oft keine kurzfristigen Ergebnisse, aber dringend notwendig.

## Ein neues Programm für mehr Gerechtigkeit



Cem Özdemir: „Wir wollen eine Gesellschaft,

in der jeder Mensch ein selbstbestimmtes Leben führen kann und in der jeder Mensch einen Beitrag zur Gesellschaft leisten kann.“ Foto: © Sedat Mehder

Wir wollen dieses Jahr an einem Programm für mehr Gerechtigkeit, Zusammenhalt und Teilhabe arbeiten. Wir werden neue Ideen finden, die im Bundestagswahlkampf überzeugen und danach das Land fairer für alle machen. Denn noch immer entscheidet die soziale Herkunft über den Lebensweg. Denn noch immer verfestigt sich die soziale Spaltung. Dabei ist Deutschland wirtschaftlich stark und verfügt über leistungsfähige soziale Sicherungssysteme.

oo

Im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Vorgänge in der Silvesternacht am

Kölner Bahnhof und auf der Reeperbahn in Hamburg erschien in der HAZ vom 8. 1. 2015, Seite 3 folgender Artikel:

### **Anti-Gewalt-Kurse für Flüchtlinge**

Von André Anwar

Stockholm/Oslo. Gewalt von Migranten oder Flüchtlingen gegen Frauen – in Norwegen gibt es darüber seit Jahren eine öffentliche Debatte. 2008 hatte die Polizei in größeren Städten einen deutlichen Anstieg von sexuellen Übergriffen auf Frauen registriert, die Täter waren oft Einwanderer. Inzwischen gibt es für Flüchtlinge aus Afrika und Arabien Anti-Gewalt-Kurse.

Norwegerinnen haben sich stets sehr frei und emanzipiert gefühlt und hatten keine Bedenken, nachts alleine und leicht bekleidet durch städtische Parks zu laufen. Im bevölkerungsmäßig kleinen, sehr reichen und lange relativ homogenen Land fühlten sie sich sicher. Doch die steigende Anzahl sexueller Übergriffe führte zu nächtlichen Demonstrationen und Nachtwachen. Hanne Kristin Rohde, ehemalige Polizeichefin für Gewaltverbrechen in Oslo, prangerte 2011 öffentlich an, dass vor allem junge moslemische Einwanderer für einen Großteil der Vergewaltigungen in Oslo verantwortlich seien.

Die Behörden führten Aufklärungskurse ein, die seit 2013 in allen Asylbewerberheimen des Landes angeboten werden. Unweit von Stavanger hat Nina Machibya solche Kurse geleitet, getrennt für moslemische Afghanen und christliche Eritreer. Zwar wussten die meisten Teilnehmer bereits durch Internet und Fernsehen, dass es in Europa eine andere Kultur gibt. „Aber dennoch konnten wir im persönlichen Gespräch wichtige Lücken füllen“, sagt Machibya. In zehn Sitzungen werden unterschiedliche Aspekte von Gewalt und norwegische Werte diskutiert. „Anfänglich wurden wir beschuldigt, Flüchtlinge unter Generalverdacht zu stellen“, berichtet Ausbildungsleiter und Psychologe Per Isdal. Inzwischen ernte man nur Anerkennung.

Durch Kriege oder eine gefährliche Flucht traumatisierte junge Menschen neigen laut Studien eher zu Gewalt. „Darunter leiden auch Freunde, Ehefrauen oder die Kinder“, weiß Isdal. Hinzu komme, dass in manchen Gesellschaften Arabiens und Afrikas Frauen teils als rechtloses Eigentum ihrer Männer angesehen werden. So wird im Kurs auch erklärt, dass es in Norwegen strafbar ist, die Ehefrau zu vergewaltigen und Kinder zu schlagen – und dass Männer und Frauen ohne familiäres Band auch einfach nur befreundet sein können. „Die größte Gefahr ist, solche Probleme wegen falscher politischer Korrektheit totzuschweigen“, sagt Isdal. Inzwischen gibt es Forderungen, die Kurse für Asylbewerber zwingend zu machen. Davon hält Isdal nichts: „Die Flüchtlinge machen zu, wenn man sie zwingt.“

Ich finde den Artikel und die Maßnahmen gegen Gewalt in Norwegen, die er beschreibt, hilfreich.

Im Hauptteil der HAZ vom 9. 1. 2016 unter "Blick in die Welt" auf Seite 3 ist zu lesen:

## **„Gewalt gegen Frauen ist alltäglich“**

Von Marina Korbaki

Berlin. Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig (Bild) sieht erhebliche Mängel beim Schutz sexuell bedrängter Frauen. „Es ist dringend nötig, dass das Strafrecht geändert wird, um Frauen zukünftig besser vor Gewalt zu schützen“, sagte die SPD-Politikerin dem RedaktionsNetzwerk Deutschland, dem auch diese Zeitung angehört. „Losgelöst von den Fällen in Köln gilt: Vergewaltigung muss konsequent bestraft werden. Nein heißt Nein! Das muss auch per Gesetz gelten.“ Sie unterstütze Justizminister Heiko Maas (SPD) bei dessen Vorhaben, Paragraph 177 des Strafgesetzbuches zu reformieren.

Derzeit gilt Geschlechtsverkehr nur in drei Fällen als Vergewaltigung: wenn er entweder mit Gewalt oder mit Drohungen gegen Leib und Leben erzwungen wird oder wenn der Täter eine schutzlose Lage des Opfers ausnutzt. Es genügt also nicht, dass eine Frau eindeutig „Nein“ sagt. „Eine Änderung der Gesetzeslage wird dazu beitragen, dass sich mehr betroffene Frauen zu einer Anzeige entschließen, dass weniger Strafverfahren eingestellt werden und dass sexuelle Übergriffe adäquat geahndet werden“, sagte Schwesig. Gewalt gegen Frauen sei alltäglich: „Sexuelle Übergriffe auf Frauen passieren jeden Tag. In Deutschland erlebt jede dritte Frau mindestens einmal in ihrem Leben körperliche oder sexuelle Gewalt – die Gewalt findet in der Mitte der Gesellschaft statt“, sagte Schwesig. Ihr Haus hat das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ freigeschaltet – das in 15 Sprachen abrufbare Angebot unter der Telefonnummer 08 000 116 016 habe in den letzten zwei Jahren rund 100 000 Kontakte ermöglicht.

Zahlreich sind derweil die Forderungen nach strengeren Gesetzen im Ausländerrecht, als Folge der vielen Übergriffe auf Frauen an Silvester. Die CDU fordert den Koalitionspartner SPD dazu auf, in der Asylpolitik stärker an einem Strang zu ziehen. „Es geht nicht, dass die Union immer für die harten und schwierigen Entscheidungen zuständig ist, und die SPD will die Bonbons verteilen“, sagte CDU-Generalsekretär Peter Tauber vor Beginn der CDU-Vorstandsklausur am Freitagabend in Mainz. Die Union verlangt, Abschiebungen strafrechtlich verurteilter Asylbewerber und Flüchtlinge rasch zu erleichtern. Die CDU will das Sicherheitsgefühl der Bürger mit mehr Videoüberwachung erhöhen und die „Schleierfahndung“ einführen, also verdachtsunabhängige Personenkontrollen.

Auch SPD-Chef Sigmar Gabriel forderte ein hartes Vorgehen des Staates gegen die Straftäter von Köln. „Ich glaube, dass der alte Satz von Gerhard Schröder: ‚Kriminelle Ausländer haben in Deutschland nichts zu suchen‘ – dass der natürlich richtig ist“, sagte der Vizekanzler am Freitag am Rande seiner Kuba-Reise in der Hauptstadt Havanna. Dies gelte auch für straffällig gewordene syrische Bürgerkriegsflüchtlinge.

Auch der Bericht von Marina Korbaki bringt gut die Naivität und den Glauben an die Wirkung der Gesetze zum Ausdruck. Man glaubt mit Gesetzesverschärfungen und conse-

quenteren Anwendungen der bestehenden Gesetze, Probleme einfach aus der Welt zu schaffen. Immerhin wird angedeutet, dass es hier nicht nur um ein Problem mit Flüchtlingen geht. Auf die Idee, dass mit einer Anzahl von überbordenden Gesetzen der Rechtsstaat auch zu Grund gerichtet werden kann, kommt wohl keiner. Ein Nein als Zeichen der Verweigerung des Geschlechtsverkehrs im Gesetz macht doch die Lage der Frauen nicht besser. Es muss dann ja auch noch bewiesen werden, dass das Nein gesprochen wurde. Und wenn eine Tonaufnahme als Beweis zugelassen wird, wird den Frauen gleich eine Waffe zur rechtlichen Vernichtung unliebsamer Männer in die Hand gegeben.

### **Gesetze und Strafandrohungen können kulturelle Prägungen und die Gruppendynamik nicht löschen und Grundkonflikte der Gesellschaft mit der Sexualität nicht auflösen**

Fest steht, dass der Sexualtrieb ein starker Trieb ist und nicht nur zur Existenzsicherung der Gattung Mensch dient, sondern im *Gesamtorganismus Mensch* weitere Funktionen hat. Fest steht auch, dass der Sexualtrieb den Menschen nicht nur Freude sondern auch Kummer bringt, deshalb greifen immer wieder Gesellschaften und Religionen per Normgebung ein, um zu klären, was erlaubt oder angemessen ist und was nicht. Und zeigen sich irgendwelche Regeln auf Dauer aufgrund der genetischen Ausstattung der Menschen als unhaltbar oder lebensfeindlich, kommt es zu Auflehnung durch Nichtbeachtung der Regeln, offenen Boykott und letztlich zu neuen Versuchen, das Geschlechtsleben der Bürger so zu kanalisieren, dass es als für alle erträglich gilt. Ein natürliches Ausleben der Sexualität im Sinne von nicht reglementiert kommt wohl nirgendwo mehr vor.

Die Normierung des Sexuallebens wird aber nicht in allen Gesellschaften in gleicher Weise vorgenommen. Diese in verschiedenen Gesellschaften unterschiedliche Normierungen des Sexuallebens können dann zum Problem werden, wenn Mitglieder einer Gesellschaft in eine andere wechseln. Mit dem Verstand mag der Flüchtling, der Immigrant die neuen Regeln zur Kenntnis genommen haben, wirksam bleiben aber ersteinmal die emotional verankerten Regeln, wenn sie nicht durch die soziale Kontrolle, Anpassungsdruck des Umfeldes und Strafandrohung unterdrückt werden. Das gelingt sicher meistens gut, wenn die Fremden in einer aufnehmenden Gesellschaft nur eine kleine Zahl sind. Die Anpassung an das neue Normensystem wird dann schwierig, wenn die Zuwanderer zu einer Masse werden, die dazu neigt, die alten Normen in der Fremde bzw. unter Fremden zu bewahren und zu leben.

Bei der ganzen Diskussion um die Integration der Flüchtlinge wird auch vergessen, a) dass die Menschen ihre genetischen Prägungen nicht einfach ablegen können. Selbst wenn diese so ähnlich sind, dass daraus keine Verhinderung der Integration abgeleitet werden kann, bleiben die gesellschaftlich-kulturellen Prägungen, die weiter wirken. Diese unterschiedlichen Prägungen können eine Bereicherung der Gesellschaften sein, aber auch zu ständigen Konflikten führen. Ich vermute, die meisten alten Menschen können von Prägungen berichten, die in ihren Kinder- und Jugendjahren geschehen sind und die sie nicht wieder los geworden sind. Mein Paradebeispiel sind meine Kochkünste, die ich mir auf die Schnelle als 16jähriger Schiffsjunge angeeignet habe. Ich bin nie über den Stand dieses in der Jugend angeeigneten Könnens hinausgekommen, obwohl ich weiß, dass die Auswahl der Gerichte sehr gering ist und ich auch kein besonders gesundes Essen bereite. Gerade das Essen ist ein guter Beobachtungsgegenstand, um die Wirkungen von Prägungen zu zeigen. Meine Frau hatte vorhin einen Artikel vor sich auf dem Tisch, der vielleicht deutlich macht, dass der große Unterschied zwischen den Bayern und Niedersachsen nicht der ist, dass die da im Süden die CSU haben und wir hier im Norden die CDU, ebenfalls nicht, dass dort und hier verschiedene Dialekte gesprochen werden, sondern dass die Bayern ein Volk der Kümmel-Verwender sind und eine beigefügte Karte zeigte, dass Norddeutschland fast eine kümmelfreie Zone ist.

Ich kann mich an eine Szene auf dem Erzfrachter *Fechenheim* erinnern. In den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts fuhr ich auf ihm als Matrose. Wir hatten einen süddeutschen Koch, der hatte ein Gericht bereitet, in dem Nudeln und Kartoffel gleichzeitig vorhanden waren. Ein anderer norddeutscher Matrose empfand das als Beleidigung seiner Geschmacksnerven, nahm seinen Teller und ging damit zu dem Kapitän, um dem zu zeigen, was für ein Fraß der Koch ihm zumutete.

Später auf dem schwedischen Frachter *Helios*: Wir waren eine gesamteuropäische Mannschaft auf der Fahrt von Rotterdam nach Nigeria. Es war Heiligabend 1956. Der niederländische Koch hatte uns ein Essen versprochen, wie wir es zu Hause bekommen hätten, wenn wir denn dort sein könnten. Die Enttäuschung war groß, als die Maschinenleute in der Backbordmesse und wir Decksleute in der Steuerbordmesse kamen und nur geöffnete Konservendosen vorfanden. Die Maschinenleute waren so aufgebracht, dass einer von ihnen, es war ein Portugiese, einen Arm auf der Tischplatte ausstreckte und die ganze geöffnete Dosenpracht auf den Fußboden beförderte. Die Enttäuschung bei uns in der Steuerbordmesse war eben-



falls groß. Es gab aber einen Unterschied: Ich hatte in Rotterdam noch Weihnachtsschmuck eingekauft und unsere Messe damit geschmückt. Dies glich die Enttäuschung so weit aus, dass doch noch eine Weihnachtsstimmung aufkam und die Maschinenleute zu uns rüber kamen und wir dann zusammen wie die Sardinen in der Büchse auf den Bänken rund um den Tisch saßen. Das ist gleich ein Beispiel dafür, dass es in konflikträchtigen Situationen meistens auch Maßnahmen gibt, die konfliktmindernd wirken.

Im Allgemeinen verlief das Leben auf diesem Schiff - auf dem die Besatzung ein Dutzend europäischer Staaten vertrat – trotz der sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten friedlich. Es gab manchmal aber auch Reibereien, die nicht im bösen Willen oder in einer Charakterschwäche ihre Ursache hatte, sondern in kulturellen Prägungen. Die Nutzung der Toilettennutzung ist so ein Beispiel. Die meisten Europäer setzen sich zum Toilettengang auf die Brille und heben die Brille hoch, wenn sie hineinpinkeln. Unser Franzose mit einer anderen Toilettenskultur hockte sich aber mit den dreckigen Arbeitsschuhen auf die Brille und hob die Brille beim Pinkeln auch nicht hoch. Es hat eine Weile gedauert, bis er begriff, dass seine Vorstellungen vom Toilettengang auf diesem Schiff nicht geduldet würden.

Was ich zu verdeutlichen versuche, ist, dass es Konflikte zwischen Zuwanderern und Einheimischen gibt, die nichts mit dem Versagen der Moral der einen oder anderen Seite zu tun haben, sondern einfach durch unterschiedliche gesellschaftliche Prägungen verursacht werden. Eine Angleichung dieser Prägungen benötigt ihre Zeit. Soviel höher der Anpassungsdruck und die Zahl der Menschen, die sich anpassen sollen ist, so konfliktreicher wird diese Anpassung sein.

Wenn von Integration gesprochen wird, wird ja leicht übersehen, dass dies nicht nur eine Einwegleistung von dem Zuwanderer in die aufnehmende Gesellschaft ist, sondern genauso eine einfordernde Leistung von der aufnehmenden Gesellschaft. Ist das Maß der Anpassungsforderungen zu groß, muss es zu Konflikten in Größenordnungen kommen, die ihre Entladung in einem Bürgerkrieg sucht. Die Zahl der Zuwanderer – wie sie zu verzeichnen sind und wie sie erwartet werden – ist ein gesellschaftsverändernder Tatbestand. Ihn gut zu heißen und zu befördern, ohne das Volk darüber abstimmen zu lassen und ohne ihm einen Ausgleich für den Verlust des Vertrauten und mit Arbeit und Verzicht aufgebauten Umfeldes zu geben, ist politischer Betrug und ein Verrat des Grundprinzips der Demokratie, nämlich des Verfassungssatzes, dass alle politische Gewalt vom Volke ausgeht. Im Vereinigungspro-

zess der beiden deutschen Republiken wurden einfach die Eigentumsrechte der DDR-Bürger geopfert, die diese an den Institutionen der Staatswirtschaft hatten. Dafür hat man die Kosten der Vereinigung in der Hauptsache den westdeutschen Arbeitnehmern aufgelastet. Mit der jetzigen Flüchtlingspolitik plündert man das Eigentum der Arbeitnehmer, das im kollektiven sozialen Sicherungssystem steckt.<sup>1</sup>

Um nicht missverstanden zu werden: Ein Kind, ein Jugendlicher, eine Frau und ein Mann unter den Flüchtlingen hat die gleichen Lebensrechte wie ein Kind, ein Jugendlicher, eine Frau und ein Mann unter den Einheimischen. Und wenn einheimische Flüchtlingen aus eigenem Antrieb helfen, dann kann man das als eine gute oder christliche Tat bezeichnen. Wenn aber der Staat die Mittel zur Hilfe mittels Steuern den Bürgern abpresst, dann überschreitet der Staat seine Grenzen. Und ein Staat ist von übel, der Zustände fördert oder duldet, die Menschen zwingt in einem anderen Land Zuflucht zu suchen – egal ob sie die Bomben, der Hunger oder die Verheißung auf ein besseres Leben in die Flucht treiben. Auch ist ein Staat ein Übel, der – bevor er die Tore öffnet – nicht dafür sorgt, dass Menschen, die durch eigene Arbeit sich versorgen wollen und sollen aus Unterlassungs- oder Verbotsgründen nicht arbeiten können. Genauso ist ein staatliches Handeln ein Übel, wenn dieser zulässt, dass durch einen unkontrollierten Zuzug von außen, die Mieter von Wohnungen und alle Menschen, die kein Eigentum am Boden haben, wachsendem finanziellen Druck ausgesetzt werden.<sup>2</sup> Es sind also nicht nur die direkten Kosten der Flüchtlingspolitik, für die der Finanzminister Schäuble jetzt Rücklagen aus gestiegenen Steuereinnahmen bildet, die zu berücksichtigen sind. Es sind Steuereinnahmen, die nicht für den Schuldenabbau oder für eine Steuererleichterung zur Verfügung stehen. Ich spreche hier wieder die fehlende, unterdrückte Geld- und

- 
- 1 Damit verteidige ich nicht das staatlich-kollektive System der sozialen Absicherung, sondern erst mal nur die Teilhabe ohne Rücksicht auf die Vorleistungen und die lebenslangen Leistungen, die ein Arbeitnehmer zu erbringen hat. Wer in Europa die Freizügigkeit und offene Grenzen will, der muss ein frei wählbares, selbstbestimmtes, privatrechtlich-kollektives Sicherungssystem anstreben bei denen jedes Mitglied seine Ansprüche dorthin mitnehmen kann, wohin er geht. Die Vorstellung, dass der Sozialstaat ein Korrekturmittel zum Kapitalismus ist, ist ein Irrtum. Der Sozialstaat ist ein Herrschaftsmittel der Sozialpolitik, der nichts am Kapitalismus ändert und ausschließlich aus dem Arbeitseinkommen finanziert wird. Der sogenannte Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungen sind betriebswirtschaftlich gesehen Löhne, die sich von den anderen Löhnen nur durch ihre steuerliche Behandlung unterscheiden. (Daher der Begriff Lohnnebenkosten.) Bismarck, der den Grundstein dazu legte, hat damit die Autonomie der Arbeitnehmer sabotiert. Es wurde mit dem Sozialstaat eine doppelte Abhängigkeit der Arbeitnehmer geschaffen, die vom Arbeitgeber und vom Staat. Sozial wäre der Staat, wenn er die Voraussetzungen für einen ungestörten gerechten marktwirtschaftlichen Leistungsaustausch schaffen würde. Vor hundert Jahren (1916) hat Silvio Gesell mit seinem Hauptwerk, DIE NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG die Instrumente dafür beschrieben, aber die Wirtschaftswissenschaft und die Wirtschaftspolitik ist zu beschäftigt, um das zur Kenntnis zu nehmen. Sie sind offensichtlich auch zu klug, um einfache ökonomische Problemursachen und ihre Lösungen zu verstehen.
  - 2 <http://rent-grabbing.com/2016/01/17/spritsteuer-zur-finanzierung-der-fluchtlingswelle-goldener-vollpfosten-mit-schleifchen-fur-wolfgang-schauble/>

Bodenrechtsreform an. Eine Gesellschaft, die als Mehr-Generationen-Haus für bestimmte Familien gebaut wurde, muss vor der Umwidmung zu einem Haus der offenen Türen, entsprechend umgebaut werden.

Wir Deutschen stehen in der Reihe der Staaten, die für den Frieden und den Wohlstand in der Welt mit verantwortlich sind. Die Generation der jetzt Verantwortlichen hat nicht nur die Last der Untaten unter dem NS-Regime zu tragen, sondern auch den Zustand der Welt mit Hunger, Krieg und Terror wie sie uns jeden Tag in den Medien präsentiert wird. Und hier liegt ein Versagen vor, dass kein geringeres Gewicht hat, als jenes der Generation, die das NS-Regime gestützt hat. Ich rede von unserer Mitverantwortung für die ganze Entwicklung in dieser Welt und nicht von der alleinigen Verantwortung, denn die Mitspieler in der internationalen Politik und selbst die Flüchtlinge müssen sich ihren Teil ebenfalls anrechnen lassen. Für das Versagen nach dem Zweiten Weltkrieg und nach der Vereinigung bei uns in Deutschland stehen an erster Stelle die Parteien, CDU, CSU, SPD, FDP und seit 35 Jahren auch DIE GRÜNEN. Der Partei DIE LINKE kann man dabei einen Sonderstatus des Versagens zubilligen, weil sie den falschen Politikansatz zur Erlangung eines gerechten Bürgerfriedens nicht überwunden hat.

Inzwischen erreichen uns Schlagzeilen Meldungen der Medien wie:

> **Unter Schock** / Was in der Silvesternacht geschah, hat es in Deutschland noch nicht gegeben. Kippt jetzt die Flüchtlingspolitik? < (DIE ZEIT, 7. 1. 2016)

### **Polizei untersucht Übergriffe auf Frauen**

Razzia im Flüchtlingsheim wegen Vergewaltigungsversuch an Spaziergängerin / Vorfall auch in der Glocksee (HAZ am 11. 01.2016)

Gabor Steingart am 11. 1. 2016 im Handelsblatt Morning Briefing:

> ... ich weiß nicht, welche Post die **Kanzlerin** seit der **Silvesternacht** bekommt. Aber ich kenne meine eigene. Und darin erzählen besorgte Menschen ihre Geschichten: in jüngster Zeit vor allem solche, die von **Angst und Sprachlosigkeit** handeln. **Monika K. aus Berlin** schildert folgende Situation:

*„Ich bin am Nikolausabend nach einem Konzertbesuch in der Nikolaikirche von jungen Ausländern abends, 21 Uhr, angetatscht worden. Ich lief alleine,*

*es waren aber auch andere Menschen unterwegs. Als ich spürte, dass mir jemand über den Po streichelt, liefen zwei junge Ausländer - Türken oder Araber - schnell an mir vorbei. Einer fragte: „Na, alles klar?“ Ich war so verdattert, dass ich nicht reagieren konnte! Und die zwei waren weg. Ich bin 73 Jahre alt und bestimmt nicht provokant gekleidet unterwegs gewesen! Soll ich nun nur noch zu Hause bleiben?“*

Das Thema, das will uns die Schreiberin sagen, ist größer als die **Kölner Domplatte**. Es geht nicht um einen verschlafenen Polizeipräsidenten und seine falsch gestrickten Einsatzpläne. Das Phänomen hinter dem Ereignis ist das Thema. Deutschland hat sich in der **Flüchtlingspolitik** verhoben. Unsere Großzügigkeit war erst liebenswert, dann naiv, mittlerweile ist sie gefährlich. Das Land ist dabei, sich selbst fremd zu werden. „Die Freiheit in diesem Land ist keine Narrenfreiheit“, schreibt **Heribert Prantl** in der heutigen „Süddeutschen Zeitung“. **Ross Douthat**, der mit 36 Jahren jüngste regelmäßige Kolumnist der „New York Times“, urteilt in der Sonntagsausgabe: „Es ist eine Illusion zu glauben, dass Deutschland sich von den **Sünden der Vergangenheit** durch einen unbekümmerten **Humanitarismus in der Gegenwart** freisprechen kann.“ Der Autor geht so weit, den **Rücktritt der Kanzlerin** zu fordern: „Merkel muss gehen, damit ihr Land und der Kontinent, den sie dominiert, nicht einen zu hohen Preis zahlen für diese gut gemeinte Narretei.“

Natürlich übertreibt der Autor. **Merkel** muss nicht gehen - aber sie muss sich bewegen. Ihre Flüchtlingspolitik wurde von der **Realität** dementiert. Ihre neuerlichen Aussagen vom „**starken Staat**“, der sich jetzt Geltung verschaffen müsse, wirken wie die Cover-Version eines Textes, den andere ihr vorgesprochen haben. **Hannah Arendt** schrieb in ihrem Essay „Wahrheit und Lüge in der Politik“ vom Prozess der „**Entwirklichung**“, dem bewussten Erzeugen einer „Alice-im-Wunderland-Atmosphäre“. Genau das hat Merkel mit Gesten und Worten monatelang getan. Sie glaubte, über der Situation zu stehen, und stand in Wirklichkeit nur daneben.

Die **deutsche Regierungschefin** hat sich mit dem denkbar mächtigsten Gegner angelegt: der Wirklichkeit. Diesen **Kampf** kann sie nicht gewinnen. Und wenn doch, hätte Deutschland verloren....

Und am 12. 01. 2016 ist von Garbor im Handelsblatt Morning Briefing zu lesen:

... **Angela Merkels Flüchtlingspolitik** hat viele verwirrt und einige verärgert. Zu Letzteren zählt der renommierte Verfassungsrechtler **Hans-Jürgen Papier**. Im Interview mit unserer Zeitung sagt er: „Noch nie war in der rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik die **Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit** so tief wie derzeit. Das ist auf Dauer inakzeptabel.“ Die Flüchtlingskrise offenbare „ein **eklatantes Politikversagen**“. Merkel wird die Einschätzungen des **Ex-Chefs des Bundesverfassungsgerichts** nicht mögen - aber sie wird sie heute Morgen lesen.

Auch der Gründer der Hilfsorganisation **Cap Anamur Rupert Neudeck** hat sich in die **Flüchtlingsdiskussion** eingeschaltet - und zwar mit einer

gesunden Portion **Pragmatismus**. Jeder Neuankömmling müsse ein Papier in die Hand bekommen, in dem klar gesagt werde, dass dieses **Geschenk der Deutschen** - Schlafplatz ohne Bezahlung und Vollversorgung plus Taschengeld - durch eigene Anstrengungen **gerechtfertigt** werden müsse. Sprich: verpflichtender Deutschunterricht und kostenlose Arbeit im Aufnahmelager. Einer wie Neudeck sagt das nicht, obwohl er ein **Menschenfreund** ist, sondern deshalb.

Die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) titelt am 14. 01. 2016 unter Blick in die Welt:

### **Die Stimmung kippt**

Geschönte Polizeiberichte gewalttätige Flüchtlinge, prügelnde Bürgerwehren: Wie die Übergriffe von Köln das Vertrauen in den Staat zerstört haben. Szenen einer verunsicherten Republik.

Die *nachrichten.at* melden am 14. 01. 2016:

### **Drei Schülerinnen in Salzburg sexuell belästigt**

SALZBURG. Die Schulleitung einer Neuen Mittelschule in der Stadt Salzburg hat am Mittwoch Anzeige gegen vier Schüler im Alter von 14 bis 16 Jahren aus Afghanistan und Syrien wegen Verdachts der sexuellen Belästigung, Körperverletzung und gefährlicher Drohung erstattet.

Die Leine-Zeitung meldet am 14. 01. 2016:

**Mädchen im Bus belästigt** / Polizei nimm 21-jährigen Syrer fest.  
Ein 21-jähriger Mann soll am Dienstag ein 17-jähriges Mädchen in einem Bus zwischen Langenhagen und Garbsen sexuell beleidigt haben. Er wurde vorläufig festgenommen. Die Polizei sucht Zeugen. ... Der Mann ist ein Flüchtling aus Syrien, der weder in Garbsen noch in Langenhagen untergebracht ist. ...

Und aus Seelze wird in der gleichen Ausgabe berichtet:

**Die Unterkünfte reichen nicht aus** / Stadt sucht nach weiteren Standorten für die Unterbringung von Flüchtlingen

Ich führe das nicht an, um die Klage über ein Fehlverhalten von Flüchtlingen zu verstärken, aber auch nicht, um es zu rechtfertigen, sondern um zu verdeutlichen, dass wir es hier mit menschlichen Handlungsfeldern zu tun haben, die zu allen Zeiten problematisch waren. Wenn hier angeklagt werden muss, dann die deutsche politische Vertretung – sowohl in der Exekutive wie in der Legislative. Ich verstehe nicht, warum so wenig Lebenserfahrung in die Politik einfließt. Ich kann mir das nur erklären mit der Gefangenschaft unserer Politiker in dem Gefängnis der politischen Korrektheit. Das Wort *Gutmensch* ist ja zu dem Unwort des

Jahres 2015 gewählt worden. Ich vermute, hier liegt ein Missverständnis vor. Es wurden und werden doch mit diesem Wort nicht die Menschen getadelt, die gut handeln – z. B. durch den Einsatz für Flüchtlinge -, sondern jene politisch agierende Menschen, die ohne Rücksicht auf die Folgen von einem unrealistischen Menschenbild ausgehen und Beschlüsse zu Gunsten bestimmter Gruppen fassen, ohne die dadurch ausgelösten Lasten für andere Gruppen zu bedenken.

Mit der Sexualität des Menschen allgemein haben wir eines der schwierigsten politischen Themen zu tun. Es ist wohl noch schwieriger zu handhaben als eine ideologiefreie Analyse des Kapitalismus und seiner Überwindung in Freiheit. Ich habe mich mit meinem Text 138 >Förderung von Pädophilie durch die Grünen? < in eine wohl nie endende Auseinandersetzung Thema eingebracht.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/138.0.Paedophilie.Geschichte.Gruene.Anmerkungen.pdf>

Und wenn ich recht erinnere, habe ich das Thema auch dem Text 137.0 aufgegriffen. Der Titel lautet: „Fragen der Toleranz zwischen Gläubigen und Ungläubigen und eine Bewertung der Privilegien der Kirchen.“

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/137.0.Fragen.der.Toleranz.Privilegien.Kirchen.pdf>

Ich erinnere hier daran,

1. dass ein gehäuftes sexuelles Fehlverhalten – von „normalen Vergewaltigungen bis zu bestialischen Handlungen – in Folge von kriegerischen Auseinandersetzungen bekannt sind und thematisiert wurden. Meiner Einschätzung nach sind es a) Kompensationen von traumatischen Erlebnissen und b) die Wirkungslosigkeit „normaler“ moralischer sexueller Zwangskorsette der Gesellschaften aus Friedensezeiten. Ich vermute, die unter b) genannte Wirkungslosigkeit tritt zum Teil auch bei der Flucht von einem Kulturkreis in einen anderen ein.
2. Bekannt ist auch, dass das sexuelle Verhältnis in der Zeit der Nazi-Herrschaft zwischen den Einheimischen und den Fremd- bzw. Zwangsarbeitern männlichen und weiblichen Geschlechts deshalb zu Problemen führte, weil die Vertreter des Staates glaubten, das Verhindern zu müssen.
3. Das sexuelle Verhältnis zwischen Besatzern und Besiegten war nach dem Zweiten Weltkrieg hoch mit Konflikten beladen.<sup>3</sup>
4. Selbst der beidseitig gewollte sexuelle Kontakt zwischen Paaren unterschiedlicher Konfession konnte dramatische Folgen haben.
5. Bei der früheren Idealisierung der Jungfräulichkeit konnte bei einem einvernehmli-

---

3 Die Befreier waren damals noch die Sieger und Besatzungsmächte.

chen Sex die Behauptung einer Vergewaltigung der Schutz vor der größeren Schande, den Verlust der Jungfräulichkeit vor der Ehe, sein.

6. Selbst ein überdurchschnittliches Interesse eines Jugendlichen für das andere Geschlecht konnte diesen in ein geschlossenes Erziehungsheim bringen.<sup>4</sup>
7. Es gibt keine eindeutige Sprache der erlaubten und unerlaubten sexuellen Werbung.
8. Wenn Männer aus anderen Kulturkreisen manche Fernsehproduktionen des Westens anschauen, dann können sie doch aufgrund der nicht eindeutigen sexuellen Werbung leicht auf den Gedanken kommen, sie müssten nur zugreifen, um über die Frauen zu verfügen.
9. Die Sexualität bekommt leicht ein Übergewicht, wenn Männer isoliert leben, vereinsamt sind, einen unausgefüllten Alltag haben und sich nicht als Herr ihres eigenen Lebens fühlen. Der offene oder geheime Auftritt als Gruppe in der Öffentlichkeit kann dann wie eine Erlösung von der empfundenen Ohnmacht wirken. Dieses Verhalten ist überhaupt nicht auf Flüchtlinge beschränkt.
10. In letzter Zeit wird häufiger thematisiert, dass der Mensch ein haptisches Wesen ist. Die Aussage meint, dass wir Menschen auf Berührungen von anderen Menschen angewiesen sind um nicht seelisch zu verkümmern. Es werden schon therapeutische Studios angeboten, in dem sich fremde Menschen außerhalb der Bikinizone berühren dürfen. Ich kann mir vorstellen, dass das Bedürfnis, einen andersartigen Menschen in der Fremde zu berühren – um sich zu vergewissern, dass er nicht nur ein Fernsehbild vor sich hat – noch größer ist, als in einer vertrauten Umgebung mit vertrauten Menschen. Es muss also davon ausgegangen werden, dass ein Teil der sexuellen Übergriffe gar keine sind, sondern Versuche darstellen, ein haptisches Bedürfnis zu befriedigen.

Ich denke, es ist deutlich geworden, dass es mir hier nicht um die Verharmlosung sexueller Übergriffe von Männern – speziell von Flüchtlingen – auf Frauen geht. Ich halte aber die Geschehnisse – von denen zunehmend berichtet wird – nicht für individuelle Charakterfehler, sondern für das Ergebnis einer gesellschaftlichen Konstellation, die von der Politik – und nicht nur von der Kanzlerin – herbeigeführt wurde.

Ich weiß von den Traumata vergewaltigter Frauen und konnte das Verhalten isolierter Männer aus dem Innenverhältnis von Gruppen beobachten. Ich erinnere mich an eine junge Frau, die ich 1959 begrüßen wollte, als ich bei der Norddeutschen Mende Rundfunk GmbH am

---

4 Auf Empfehlung eines Mitarbeiters des Seemannsheimes Bremen habe ich im Winter 1955/56 einen Arbeitseinsatz in den Betheler Zweiganstalten Freistatt geleistet und kann mir daher selber ein Bild von dem machen, was in jüngster Zeit am Runden Tisch verhandelt wurde. Auch hier gäbe es zum Thema Arbeit einiges zu sagen. Im Gegensatz von meinen Erfahrungen im Jahr 1960 im Niedersächsischen Landesjugenheim in Göttingen hatte der Arbeitseinsatz in Freistatt einen Sinn, auch wenn sie später diffamiert wurde. Und der Arbeitseinsatz 1957 im Internationalen Freundschaftsheim in Bückeberg hat mir gezeigt, dass sinnvolle praktische Arbeit zwischen Menschen verschiedener Nationalität und Sprachen etwas Verbindendes hat.

Fließband gearbeitet habe. Zu der Schwester dieser Frau hatte ich über eine mütterliche Freundin einen guten Kontakt. Da ich in der gleichen Halle arbeitete, sah ich es als Akt der Höflichkeit an, diese Frau auch zu begrüßen. Was ich nicht wusste, war, das sie bei der Vertreibung aus Rumänien oder Ungarn (?) mehrfach vergewaltigt worden ist. Sie reagierte also noch Jahre danach mit panischen Attacken, wenn nur ein Mann in ihrer Nähe kam. In Verbindung mit einer Tagung vor etwa 10 Jahren kam ich mit einer Frau in Kontakt, die damals noch gezeichnet war von den Vergewaltigungen, die sie auf der Flucht erlebt hatte. Von meiner ostpreußischen Großmutter, die ein Dutzend Kinder geboren hat, wurde mir berichtet, dass sie den Männern, die noch etwas von ihr wollten, empfohlen hat, sie doch mal genauer anzusehen.

Nach der Arbeit bei NordMende habe ich als Vorbereitung auf den Winterkurs 1958/59 der Bäuerlichen Volkshochschule in Rastede auf einem großen Bauernhof am Jadebusen gearbeitet. Der Bauer hat damals nach Bedarf Flüchtlinge zum Arbeitseinsatz aus einem Flüchtlingslager geholt. Ich weiß nicht, ob sie einen angemessenen Lohn erhalten haben. Mir sind sie aber in Erinnerung, weil ich dafür verantwortlich gemacht wurde, dass sie nach Ansicht des Bauern nicht genug geleistet haben. (Wichtig ist mir hier das Stichwort: Arbeit für Flüchtlinge!)

Im Winter 1953 / 1954 habe ich im Bergbau in Düsburg-Hamborn unter Tage gearbeitet. (Es war eine der Möglichkeiten für mich, mich zu nähren und gleichzeitig Neues zu erleben und zu lernen.) Wir – junge Männer aus der ganzen damaligen BRD – waren damals die Gastarbeiter im Ruhrgebiet und wurden auch so eingeworben. Wir waren isoliert untergebracht in einem Bergmannslager - wo vermutlich vorher Zwangsarbeiter gehaust hatten – und waren ohne Kontakte zur einheimischen Bevölkerung. Hier habe ich indirekt im Kleinen miterlebt, was in Köln passiert ist. Auch hier hatte sich eine Rotte junger Männer auf den „Raubzug“ von Frauen gemacht. Ich wurde am nächsten Tag dazu befragt, konnte aber nur von dem Schlüpfer berichten, den man erbeutet und mir unter die Nase gehalten hatte. Ich war ja nicht dabei gewesen. Nicht nur dieses Erlebnis, sondern viele andere sagen mir, dass sich ganz normale brave Muttersöhne in der Gruppe total daneben benehmen können.

Ich denke, wenn wir den Begleitschaden der praktizierten Flüchtlingspolitik durch isoliert lebende Männer in Grenzen halten wollen, ist es erforderlich ihnen Gutscheine zum Besuch von Bordellen auszuhändigen. Auch wenn für mich selber Bordelle tabu sind, bin ich der



Meinung, dass Bordelle für Männer und Frauen im Ansehen den Rang bekommen sollten wie die Staatstheater. Nicht nur bei uns würden dadurch die sexuell motivierten kriminellen Delikte reduziert. Ich kann mich an einen Zeitungsbericht erinnern, wo die Firma Beate Uhse zur öffentlichen Benutzung von Sex-Puppen in separaten Räumen einrichten wollte, aber dies nicht realisieren konnte, weil die genehmigenden Behörden Schwierigkeiten mit der korrekten Moral hatten. Ich denke, wenn dadurch Übergriffe auf Frauen verhindert werden können, sollte man hier ganz pragmatisch vorgehen.

Der durch Asylanten verübte Diebstahl spielt in der Berichterstattung ja auch eine Rolle. Auch hier ist auf die Prägung in den Heimatländern zu verweisen. Wenn für einen Teil der Asylanten der geschickte Diebstahl zu Hause eine Überlebensstrategie war, dann ist nicht zu erwarten, dass dieser Teil von heute auf morgen hier bei uns eine andere Haltung zum Eigentum anderer an den Tag legt. Es mag eine unterschiedliche Bindung an allgemeine Normen zum Eigentum geben, aber es gibt sicher auch eine situationsbedingte Verführung zum Diebstahl. Und es gibt eine Lockerung bei den allgemein verbindlichen Normen dadurch, dass eigentlich jedermann sehen kann, dass die Verteilung des Eigentums und Einkommens nur noch wenig mit der Erbringung einer Leistung zu tun hat.<sup>5</sup> Nach Proudhon ist aber die Gegenseitigkeit die Formel der Gerechtigkeit. Und nach Henry George hat letztlich jeder Mensch ein Gespür dafür, was gerecht und was ungerecht ist. Es ist eben ein Irrtum, wenn man glaubt, man könne die Politik beliebig ohne Folgen starten.

Dann ist auch das Sprichwort: „Gelegenheit macht Diebe!“ zu beachten. Unsere Supermärkte laden ja direkt zum Diebstahl ein. Bis zum Ausgang sind die Waren so drapiert, dass sie alle schreien: „Nimm mich mit!“ Für manchen Menschen ist es dann schon eine Überwindung, nicht einfach an der Kasse vorbei zu marschieren. Und wenn eine Person beklaut wird, kann der Dieb selten sehen, ob er einen wohlhabenden Bürger beklaut oder einen armen – vielleicht sogar verschuldeten - „armen Hund“. Und das Klauen ist auch kein Privileg von Ausländern. 1952 bin ich als Leichtmatrose auf dem Tanker Lacklan gefahren. Auf der Fahrt nach dem Iran – damals noch Persien – musste das Schiff in Port Said am Anfang des Suez-Kanals pausieren. Als die Händler auf dem hinteren Hochdeck ihre Waren ausgebreitet hatten, haben Besatzungsmitglieder geklaut wie die Raben. Selbst den Kameradendiebstahl – der ja moralisch als besonders verwerflich gilt – habe ich in der Zeit im Bergbau erlebt. Die

---

5 Siehe: <http://www.fr-online.de/wirtschaft/vermoeogen--ungleichheit-verschaerft-sich-drastisch-.1472780,33546078.html>

Arbeit unter Tage und die Isolierung im Wohnlager war für alle eine Herausforderung. Einer meiner Zimmerkumpels hat es nicht mehr ausgehalten. Weil er kein Geld für die Fahrkarte nach Hause hatte, hat er mir einen Wochenlohn geklaut. Ich musste mich eine Woche mit Brot und der billigsten Margarine – von uns Wagenschmiere genannt – ernähren. Ich habe ihn aber nicht angezeigt, weil er dann nicht mehr in seinem gelernten Beruf als Bankkaufmann hätte arbeiten können.<sup>6</sup> Sobald es sprachlich möglich ist, muss man mit den Flüchtlingen auch über die Ehrlichkeit sprechen – am besten mit Hilfe des Korans, den gibt es ja auch in deutscher Sprache.

Wichtig für die Akzeptanz von Flüchtlingen ist auch das Thema Arbeit und zwar aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet: Erstens kann es für einen Menschen zur Qual werden, wenn er nicht arbeiten darf, wenn er zur Untätigkeit verdammt ist. Viele Arbeitnehmer werden Erfahrungen mit Tagen gemacht haben, wo sie am Arbeitsplatz gebunden waren, aber aus irgendwelchen Gründen nichts Rechtes beschicken konnten. Solche Tage ziehen sich gefühlt ewig hin. Ich erinnere mich an eine Erzählung des Steuermanns auf dem Küstenschiff *Heinrich* – etwa 1951 -. Er erzählte von seiner Gefangenschaft bei einem der westlichen Siegermächte. Sie wären dazu verdammt gewesen, nichts zu tun und seien dabei bald verrückt geworden. Interessant ist für uns Zertifikatsfetischisten von heute dabei auch ein Hinweis auf den Qualifikationsnachweis, als diese Kriegsgefangenen endlich arbeiten durften. Irgendwelche Berechtigungsscheine wurden nicht verlangt – die hatten sie ja nicht dabei -, sondern sie wurden aufgefordert, eine Arbeitsprobe abzuliefern. Diese Arbeitsproben wurden aber von den Arbeitnehmern zur Verfügung gestellt, die schon länger in dem Unternehmen arbeiteten. Von dieser Lockerheit im Umgang mit Qualifikationsnachweisen könnten wir uns auch eine Portion aneignen, denn nicht der Schein sollte wichtig sein, sondern das Ergebnis.

Die Kehrseite der Medaille *Arbeit*, die ich als sinnstiftend und von einer Inhaltlosigkeit befreiend beschrieben habe, ist, dass für alle Transferleistungen des Staates, die bestimmten Personen zu Gute kommen, anderen Bürgern Teile ihres Arbeitsertrages zwangsweise genommen werden müssen. Dieser Tatbestand wird vielfach auch von deutschen Bürgern übersehen. Den Flüchtlingen ist aber von Beginn an klar zu machen, dass in unseren Breitengraden kein Manna vom Himmel fällt, dass es bei uns eine erschreckend hohe Zahl von Men-

---

6 Später als ich einem Onkel als Matrose auf seinem Binnenschiff ausgeholfen habe und wir in Leer eine Ladung Kondensmilch für Würzburg geladen haben, habe ich meinen Zimmerkumpel aus der Zeit in Dinslaken zu Hause aufgesucht. Da er eine höllische Angst hatte, ich könne den Vorgang in Gegenwart seiner Mutter zur Sprache bringen, konnte er mich mit der Ausrede, er kenne ein schönes Lokal, gar nicht schnell genug nach draußen bugsieren.

schen gibt, die überschuldet sind und dass die Aufwendungen, die für Flüchtlinge getätigt werden, nicht als Sozialleistungen für bedürftige einheimische Menschen zur Verfügung stehen. Es ist also wichtig, nach Beendigung einer Erholungsphase auf eine Gegenleistung der Flüchtlinge, die arbeiten können, zu bestehen. Schon aus dem Grund, dass die Flüchtlinge an ihre Leute in den Herkunftsländern zurück melden, dass es hier nichts geschenkt gibt. Es sei in diesem Zusammenhang auch daran erinnert, dass die Europäer, die in früheren Jahrhunderten nach Amerika oder einem anderen Kontinent ausgewandert sind, sich häufig für die Kosten verschulden mussten und diese Schulden am Zielort oft Jahre lang aus ihren Arbeitserträgen tilgen mussten.

Nun gibt es ja staatlich verursachte Hemmnisse dafür, dass Flüchtlinge durch Arbeit eine Gegenleistung für die von ihrem Gastland empfangenen Leistungen erbringen können. Da gibt es einerseits Verbote der Arbeitsaufnahme durch nicht anerkannte Asylbewerber. Die Motive liegen vermutlich in einem Vorrangschutz für deutsche Arbeitslose. Das ist an sich eine löbliche Haltung. Von Übel ist nur, dass auch unter Mitwirkung der Grünen die Arbeitslosigkeit über Jahrzehnte hochgehalten und nicht aufgelöst wurde, so dass die Asylsuchenden bei einer Arbeitserlaubnis tendenziell Lohndrücker sind. Gerade hier zeigt sich, dass die westdeutsche gelehrte und praktizierte Ökonomie genauso in einer ideologischen Falle steckt, wie einst die Ökonomie in der DDR. Nun kannst du / könnt ihr sagen, diese Themen liegen außerhalb unseres Einflussbereiches. Das schützt Euch aber nicht davor, dass das Versagen der Partei auf Landes- und Bundesebene auf euch zurückfällt. Vollbeschäftigung in einer Volkswirtschaft gibt es dann, wenn alles Einkommen unmittelbar oder mittelbar über den Kreditweg wieder zur Nachfrage wird. Der Weg dazu wird seit Jahrzehnten von den Landesparlamenten und dem Bundestag blockiert. Unsere Parlamentarier erweisen sich so als Feinde des Wohlstandes in Freiheit. Es sollte auch dir einleuchten, dass die Flüchtlingsproblematik wesentlich weniger bedrückend wäre in einer Situation der Vollbeschäftigung.

Aber auch in der jetzigen Situation sollten die heutigen Flüchtlinge zu einer Gegenleistung für die Kosten, die sie unserer Gesellschaft verursachen, herangezogen werden. Ich vermute, dass die meisten sogar dankbar dafür wären. Die zwei Hauptgründe dafür sind:

a) Es darf sich in keinem Fall in den Köpfen der einheimischen Bevölkerung festsetzen, dass die Flüchtlinge Schmarotzer des deutschen Sozialsystems sind. Aus dieser Perspektive ist es erforderlich, die Flüchtlinge für Arbeiten der Kommunen heranzuziehen, die sonst aus Kostengründen liegen bleiben oder für solche Arbeiten, die die Kosten der Betreuung von

Flüchtlingen verringern. Soviel sichtbarer ein positives Ergebnis dieser Flüchtlingsarbeit ist, soviel höher wird die Akzeptanz der Flüchtlinge in den Orten sein.

b) In der ganzen Menschheitsgeschichte wird man Beispiele dafür finden, dass Menschen in Not von jenen Menschen geholfen wurden, die dazu in der Lage waren. Aber genauso wird man auch die Beispiele dafür finden, dass es immer wieder als selbstverständlich galt, dass diese freiwillige Hilfe dann nicht mehr in Anspruch genommen wurde, wenn die Not der Hilfsbedürftigen weicht oder von ihnen selbst behoben werden kann. Daraus folgt, dass die Hilfsbedürftigen in die Lage versetzt werden müssen, ihr zerstörtes oder unterentwickeltes Land wieder aufzubauen oder in einen Stand zu versetzen, der ein Leben dort verträglich macht. Und nicht vergessen: Ich formuliere solche Überlegungen auf dem Hintergrund – den ich an anderer Stelle mehrfach beschrieben habe –, dass alle Menschen den gleichen Anspruch auf die gemeinsame Lebensbasis Mutter Erde haben. Es ist aber auch aus evolutionären Gründen erforderlich, dass sich Gesellschaften ohne massive Störung von außen in unterschiedlicher Weise entwickeln können. Je einheitlicher die Welt gestaltet ist, so größer ist die Katastrophe wenn sich Entwicklungen als destruktiv erweisen. Die Vielfalt in der Gestaltung der Gesellschaften ist die Voraussetzung des Fortschritts und die Sicherung vor kultureller Verödung und Untergang. Das bedeutet wiederum nicht, dass bei offenen Grenzen nicht gemeinsame Grundnormen entwickelt werden müssen, die von allen Menschen zu respektieren sind.

Nichts ist schlimmer, als wenn wir die Menschen, die bei uns Schutz oder nur ein wenig Glück suchen, mit leeren Händen wieder nach Hause schicken. Die vollen Hände müssen sie sich aber verdienen, indem sie sich den Inhalt in der Hauptsache mit der Aneignung von Fähigkeiten verdienen. Die Palette der notwendigen Fähigkeiten ist breit. Es zählen dazu einfache Maurer-, Zimmermanns- und Schlosserarbeiten, über die Fähigkeit einen Bagger zu führen bis hin zu den Fähigkeiten eines Meisters oder Ingenieurs. Aber auch die Vermittlung von Kenntnissen der Verwaltung und des Handels sind – soweit aus sprachlichen Gründen möglich – von Nutzen. Und wenn wir ihnen die Schwächen unserer Demokratie und Ökonomie vermitteln, wird es ihre Fantasie anregen, besseres zu entwickeln. Das wird nicht immer ohne Druck gut laufen, daher ist dem ganzen ein Belohnungs- und Sanktionssystem beizufügen.

Nun wird gesagt, dass sei alles aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Aber hier kann man den Aussagen der politischen Vertretung Deutschlands nicht trauen. Mein Eindruck ist, dass

diese die Rechtslage nach ihren eigenen machtpolitischen Bedürfnissen interpretieren. Es wäre ja auch ein merkwürdiges Recht, dass ein Volk seine Gestaltungsfähigkeit nimmt und es zu Gefangenen des Ausländerrechts macht. In dem Artikel „Das konstitutionelle Asylrecht in Deutschland“ von Dr. Dr. Paul Tiedemann <sup>7</sup> in der Zeitschrift für Ausländerrecht 5/6 2009 ist zu lesen:

Spätestens mit Inkrafttreten der so genannten Qualifikationsrichtlinie und der damit verbundenen Vergemeinschaftung des materiellen Flüchtlingsrechts hat das verfassungsrechtliche Asylrecht (Art. 16 a GG) in Deutschland jegliche Funktion verloren.

Dort ist auch zu lesen, dass die Väter des Grundgesetzes sehr zurückhaltet mit den Verpflichtungen aus dem Asylrecht waren, weil sie besorgt waren, dass Deutschland damit leicht überfordert sein könnte. Ich habe mir auch die Genfer Flüchtlingskonvention ( Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951

[http://www.unhcr.de/fileadmin/user\\_upload/dokumente/03\\_profil\\_begriffe/genfer\\_fluechtlingskonvention/Genfer\\_Fluechtlingskonvention\\_und\\_New\\_Yorker\\_Protokoll.pdf](http://www.unhcr.de/fileadmin/user_upload/dokumente/03_profil_begriffe/genfer_fluechtlingskonvention/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf) durchgesehen. Mir erscheint dieses Gesetz so, als wenn sich jeder Staat das aus dem Gesetz herausholen kann, was er zur Rechtfertigung seines Handelns braucht. Auf der Homepage des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes heißt es:

**Wo bleibt der Respekt des Landes vor der kommunalen Selbstverwaltung?**  
Trübe Aussichten für die kommunale Selbstverwaltung in 2016 – das ist die Einschätzung der Mitglieder des Rechts- Verfassungsausschusses im Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund (NSGB) zu aktuellen Gesetzesvorhaben des Landes Niedersachsen. <http://www.nsgb.de/index.php>

Da die einzelnen Kommunen vermutlich überfordert sind, wenn sie selber herausarbeiten sollen, welchen Handlungsspielraum sie denn noch haben, ist es an der Zeit, dass der Städte- und Gemeindebund den Spielraum der Kommunen auslotet und zwar nicht ängstlich, sondern extensiv. Und eine Klage gegen das Land sollten einzelne Kommunen oder der Städte- und Gemeindebund auch nicht scheuen. (Auch hier sei angemerkt, die Bewohner von Niedersachsen hatten keinen Einfluss auf die Bildung ihres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg und hatten auch noch die Gelegenheit eine Landesverfassung zu formulieren und zu beschließen, das was vorliegt ist ein Beschlusspapier der Parteien, die zu einem bestimmten Zeitpunkt bei der Wahl die wettbewerbsfeindliche Fünf-Prozent-Hürde überspringen konnten.)

Liebe Ute, liebe Grüne in Neustadt, ich weiß ja aus eigener Erfahrung, wie schwer und frustrierend Parteiarbeit sein kann. Ich weiß auch, dass ihr Euch auf die nächste Kommunalwahl

<sup>7</sup> Der Verfasser ist Richter am Verwaltungsgericht in Frankfurt und Lehrbeauftragter an der Uni in Gießen.

vorbereitet. Diese Aufgaben neben beruflichen und anderen Verpflichtungen zu bewältigen ist schon schwer genug und bedarf der Ermutigung. Mein Schreiben soll dich / euch nicht entmutigen. Und schon lange nicht habe ich meinen Kopf angestrengt, weil mir langweilig ist. Ich wäre froh, wenn das Haus Deutschland oder Europa so geordnet wäre, dass ihr Euch voll und ohne Seitenblick auf andere Politikfelder voll auf die Kommunalpolitik konzentrieren könntet. Leider ist die Situation nicht so. Die HAZ vom 19. Januar titelt auf der ersten Seite:

**Etablierte Parteien verlieren in Niedersachsen 4000 Mitglieder.**

Nur die AfD hat noch Zuwächse / "Die Blütezeit der Parteieintritte ist vorbei."

Bei den nächsten Wahlen werden die etablierten Parteien auch wohl nicht mehr Nichtwähler für sich gewinnen können. Und der Hinweis, dass die Nichtwähler die Extremparteien stärken, zieht doch auch nicht mehr, weil die Rolle der Abschreckenden doch die Parteien übernommen haben, die einst die Rolle der politisch Guten inne hatten. Der Vertrauensverlust unserer Parteien ist noch nicht so groß, wie bei den demokratischen Parteien in der Vor-Hitler-Zeit, aber sie machen alle den Einruck, dass sie sich bemühen den Rückstand aufzuholen. Also, dunkle Wolken stehen am politischen Himmel. Die politische Peripherie kann sich in einer solchen Situation nicht nur mit sich selber beschäftigen, sie muss die politischen Zentren wachrütteln. Ich wollte, es wäre Schwarzmalerei, die ich hier betreibe.

Auf die Meldung ähnlich, wie die nachfolgende vom SPIEGEL ...

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird in nahezu jedem Land der Welt immer größer. Die Geschwindigkeit, mit der das geschieht, überrascht aber auch Experten. Vor einem Jahr sagte die Nichtregierungsorganisation Oxfam voraus, im Jahr 2016 werde das reichste Prozent der Weltbevölkerung, also rund 70 Millionen Menschen, mehr besitzen als die restlichen 99 Prozent (rund sieben Milliarden Menschen) zusammen. Tatsächlich wurde diese Schwelle schon ein Jahr früher erreicht.  
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/oxfam-62-superreiche-besitzen-so-viel-wie-die-halbe-welt-a-1072453.html>

... reagierte ein österreichischer Freund, der auch schon 8 Jahrzehnte auf dem Buckel hat und mit zwei Hilfswerken praktische Hilfe – auch in Afrika- leistet – wie folgt:

**Dass wir ihnen vorrechnen...**

.... wie sich die Situation verhält, ist sowohl den Reichen als auch der Masse der Armen wurscht, und das ändert nichts an der Realität der Talfahrt in den allgemeinen Armutskeisel. Und bei den Freiwirten ändert sich ebenfalls nichts, weil das oben festgestellte Faktum sie nicht aus ihrer Lethargie herausreißt. Und daher wird alles beim Alten bleiben – bis – ja bis die Katastrophe unabwendbar über uns alle hereinbricht. Schon jetzt sehen die EU-Politiker mit offenem Auge was Fakt ist, aber bis ihnen brauchbare Lösungen einfallen, sind nicht nur die Völker Europas im Politmorast bis über den Kopf eingebrochen. Daher wird es

höchste Zeit, daß jeder der diese Zeilen liest, sich bewusst macht, daß nur das persönliche Einbringen unserer gemeinsamen Lösungen in ein politisch-demokratisches Konzept (Nicht Parteipolitik!) die Volkswirtschaften dieser Welt in Schwung bringen kann. Und zwar jetzt, denn, wenn wir in die Folgen dieses bereits deutlich drohenden Desasters eintauchen, ist es endgültig für Jahrhunderte zu spät! Dann nützen auch die schönsten und besten Neujahrswünsche nichts mehr.

In diesem Sinne ein positives Neujahr 2016, das im Sinne einer gerechten Wirtschaftsordnung von handelnden Menschen politisch neu konzipiert und angenommen wird. Adolf Paster

HP [www.inwo.at](http://www.inwo.at) / HP [www.hifa.at](http://www.hifa.at) / HP [www.fraternitaet.at](http://www.fraternitaet.at)

Es geht hier nicht um Übertreibungen und Angstmache: Ein Bericht in der HAZ vom 15. Januar über eine Anhörung von Journalisten durch den Ausschuss für Kultur und Medien des Bundestages trägt die Überschrift > **Es herrscht „Bürgerkriegsrhetorik“**<. Und ein paar Schlagzeilen der HAZ von heute (20.01.2016): >**Die Hoffnungslosen von Klein-Ma-rokko** / Düsseldorf-Oberbilk gilt als neues Symbol für den deutschen Kontrollverlust gegenüber Kriminalität von Migranten: Szenen aus einem erschütterten Quartier< // >**Kritiker der Kanzlerin machen mobil**< // >**Der Mann, der Merkel beerben könnte** / Immer stärker wird spekuliert, dass Wolfgang Schäuble zur Kanzlerschaft bereit wäre, wenn Angela Merkel den Flüchtlingsstreit politisch nicht überleben sollte. <

Wenn unsere Bundeskanzlerin zurücktreten oder gestürzt werden sollte, wird es keinen einfachen und ruhigen Wechsel im Kanzleramt geben. Und dieser Wechsel wird seine Ausstrahlung auf die Kommunalpolitik haben. Die Beschreibung dunkler Wolken am politischen Himmel ist aber kein guter Abschluss meines Gedankenganges. Wir müssen uns verdeutlichen, dass der weiße Mensch (oder das Abendland) in den vergangenen Jahrhunderten zwar den zivilisatorischen und technischen Fortschritt in die Welt gebracht hat, er hat aber auch Krankheiten, Ausbeutung, Krieg, Zerstörungen gewachsener Kulturen und Unterdrückung der farbigen Menschen verursacht. Mit dieser Aussage sollen nicht die Opfer der Jahrhunderte dauernde Politik des Weißen Mannes idealisiert, sondern nur auf eine Wirkungskette verwiesen werden. Die dadurch entstandenen Gefühle der Unterlegenheit und Benachteiligung sind sowohl der Treibstoff mit dem der Terrorismus angetrieben wird, wie auch die Flucht. Wenn wir den Terrorismus und die Flucht – die als Bedrohung erlebt werden – verringern wollen, dann müssen wir konkrete Maßnahmen ergreifen und die Welt als ganzes verbessern. Die Aussage gilt auch, wenn sie utopisch klingt. Jahrhunderte galt es als selbstverständlich, dass der weiße Mensch sein Fuß auf fremde Länder setzte und sich in ihre Kulturen einmischte. Jetzt müssen wir lernen, dass sich die Verhältnisse umkehren. Wir müs-

sen das aber nicht passiv erdulden, sondern den Prozess zum Wohle aller Menschen gestalten. Die Formel „Kommt alle her, ihr Mühseligen und beladenen!“ funktioniert hier nicht, weil es die Basis für eine positive Entwicklung zerstören und die Zündschnur für Bürgerkriege liefern würde.

Zurück zur kommunalen Ebene:

Die Aktion der Syrer in der Innenstadt ist eine hilfreiche Maßnahme, die hilft mögliche Spannung zu vermeiden. Das gilt auch, wenn die freiwilligen Betreuerinnen da nachgeholfen haben. Denn generell gilt wohl: Ist der Mann auf seine Beschützerrolle angesprochen, fällt es ihm schwer in die Täterrolle zu wechseln. Da gibt es wohl keine Unterschiede zwischen Einheimischen und Fremden.<sup>8</sup>



Leine-Zeitung vom 16. Januar 2016

Heute (20. 1. 16) ist in der Leine-Zeitung zu lesen:

### **Flüchtlingsprobleme im Dorf?**

Montag Infoabend zur Unterbringung in Mardorf - Notwendigkeit unterschiedlich bewertet.

Bürgermeister Uwe Sternbeck zieht es nach Mardorf – am Montag, 25. Januar, 19.30 Uhr, im Hofcafé Niemeyer geht es ausschließlich um die Flüchtlinge im Dorf. ...

Auch wenn es aktuell keine Probleme mit den Flüchtlingen in Mardorf gibt, ist die Veranstaltung ein gutes Mittel solche zu vermeiden. Es sollten aber auch Flüchtlinge eingeladen werden, sofern ihnen vermittelt werden kann, worum es in dieser Zusammenkunft geht, denn obwohl die Flüchtlinge in Mardorf sind, dürften sie für viele Mardorfer eine abstrakte und daher eine bedrohliche Größe sein. Die Flüchtlinge hatten noch keine Gelegenheit, sich den Dorfbewohnern vorzustellen.

Die aus Männern bestehenden Fremden würden aber sicher bejubelt, wenn der Bürgermeister verkünden könnte, das sie bei dem Bau der lange ersehnen Turnhalle / Mehrzweckhalle helfen würden. Das wäre dann eine praktische Integration mit einem Nutzen für alle.

Mit Gruß Tristan

---

<sup>8</sup> Nebenbei: Das Gefühl Fremde zu sein, haben in allen Zeiten auch viele Deutsche in ihren Quartieren erlebt. Es wurde schon immer zwischen Zugereisten und Einheimischen unterschieden